

EDITORIAL

Beobachter diesseits des Atlantiks können gelegentlich Irritationen über Entwicklungen der US-amerikanischen Politik nicht verhehlen. In den letzten zwei Jahren galt dies insbesondere für die Tea Party-Bewegung. Es fällt Europäern schwer zu verstehen, dass sie mit ihrer Aggressivität und Naivität gegen die Politik Präsident *Obamas* speziell und die Zentralregierung in Washington generell in einem Ausmaß mobilisieren konnte, das den Republikanern bei den Kongresswahlen 2010 den größten Erfolg für das Repräsentantenhaus seit über siebenzig Jahren bescherte. *Henrik Gast* und *Alexander Kühne* decken auf, wie unscharf die programmatischen Konturen der Tea Party, wie widersprüchlich die Ziele ihrer verschiedenen Gruppierungen sind. *Michael Kolkmann* kommt in seiner Wahlanalyse zu dem Schluss, dass die Tea Party mit stärkeren Kandidaten sogar weitere Bundesstaaten hätte gewinnen und damit auch die Mehrheit der Demokraten im Senat hätte gefährden können. Er konstatiert ein fortschreitendes Verschwinden der moderaten Mitte im Kongress und sieht die Republikaner wegen der anstehenden Neuzuschneidung der Wahlkreise im Vorteil bei der nächsten Wahl 2012, wenn es auch wieder um das Präsidentenamt geht. Deren Ausgang, so sagt das „Orakel der Maisfelder“, hängt wesentlich davon ab, wer in den Präsidentschaftsvorwahlen in Iowa gewinnt. Dort findet traditionsgemäß – und so auch im Februar 2012 – das erste Votum über die Bewerber beider Parteien statt. *Heiko Holste* erläutert die Funktionsweise des Iowa Caucus und seine vorentscheidende Kraft.

Zur politischen Orientierung in den Demokratien Westeuropas wurden lange Zeit die Richtungsbegriffe Links und Rechts verwendet. Dies ist auch heute noch so, allerdings hat sich im Laufe der Zeit ihr Inhalt gewandelt, wie *Eva-Maria Trüdinger* und *Uwe Bollow* in einem innerdeutschen Vergleich nun empirisch belegen können. Verteilungsfragen sind für das Verständnis von „Links“ wieder wichtiger geworden, und die Bürger in den alten und neuen Bundesländern haben sich hier einander angenähert. Die Vorstellungswelten zu „Rechts“ unterscheiden sich deutlicher: Die Ostdeutschen heben viel stärker auf Aspekte des Extremismus ab.

Josef Schmid und *Volquart Stoy* stellen ihr Modell zur Erklärung von Parteispaltungen vor. Danach haben unzufriedene Parteimitglieder fünf Optionen: Schweigen oder Artikulation ihres Unmuts, Parteiewechsel oder -neugründung sowie Rückzug aus der Politik. Angewandt auf die SPD nach den Agenda 2010-Reformen lässt sich erklären, warum es zur Entstehung der WASG und ihrem Zusammenschluss mit der PDS zur Linkspartei gekommen ist. Die neuesten Daten zur zahlenmäßigen, territorialen und soziostrukturellen Entwicklung der Parteimitgliedschaften dokumentiert, wie jedes Jahr in der ZParl, *Oskar Niedermayer* als zuverlässige Handreichung für die Parteienforschung. Der demoskopische Siegeszug der Grünen in der Wählergunst der letzten Monate spiegelt sich auch hier: Nur sie konnten einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Dass kleine Parteien mit komplexen Koalitionen, also solchen mit drei und mehr Partnern, vorsichtig umgehen sollten, kann *Stephan Klecha* belegen. Er hat den Wahlerfolg und die Regierungsbeteiligung nach Ende solcher komplexen Koalitionen untersucht und gefunden, dass nur Parteien von dieser Konstellation profitieren, die den Ministerpräsidenten stellten.

Die These von der Parteipolitisierung des Bundesrates können *Christian Stecker* und *Isabella Harle* empirisch weiter differenzieren. Drei Viertel der Gesetzesinitiativen, die Bun-

desländer einbringen, deren Regierungen von Oppositionsparteien im Bund gestellt werden, finden keine Mehrheit im Bundesrat. Spricht dies für die parteipolitische Prägung der Länderkammer, finden sich auch Anzeichen für die Bedeutung genuiner Länderinteressen: Fast vier Fünftel der überparteilichen Vorlagen werden als Initiativen des Bundesrates beim Bundestag eingebracht.

Wie unterschiedlich die Rolle von Parlamenten bei Entscheidungen über den Auslandseinsatz von Streitkräften sein kann, illustriert *Johannes Hinz* im britisch-deutschen Vergleich. Er spürt die Gründe auf, warum in Deutschland die Beteiligung des Bundestages weitgehend gesetzlich geregelt ist, während im Vereinigten Königreich der Einsatz der Streitkräfte ausschließlich bei der Regierung liegt. Auch Fragen der europäischen Integration werden in beiden Ländern unterschiedlich behandelt. Mit seiner Analyse europapolitischer Debatten im House of Commons und im Bundestag kann *Frank Wendler* nachweisen, dass eine inhaltlich polarisierte, öffentliche Auseinandersetzung in Deutschland vornehmlich über wirtschaftspolitische Aspekte stattfindet. Hingegen werden in Großbritannien auch grundsätzliche Fragen der Integration kontrovers ausgetragenen.

Konsens sollte im Parlament hergestellt werden, wenn es um das Wahlrecht geht. Ob dieser gute demokratische Brauch im Bundestag eingehalten wird, ist derzeit ungewiss. Bei der Suche nach einer Reform des Wahlrechts, wie sie das Bundesverfassungsgericht bis zum 30. Juni dieses Jahres gefordert hatte, sind die Fraktionen säumig. Bislang gibt es zwar verschiedene Entwürfe, um künftig das vom Gericht monierte negative Stimmgewicht zu vermeiden, eine Einigung der Fraktionen ist aber noch nicht in Sicht. Hier dürfte die in den letzten Jahren ausgiebig in der ZParl geführte Diskussion um Reformvarianten hilfreich sein. Sie wird von *Joachim Behnke* und *Florian Grotz* fortgesetzt. Sie lehnen das Modell einer Trennung der Landeslisten und separater Stimmenverrechnung innerhalb der einzelnen Länder ab und treten für die Bildung von Zweipersonenwahlkreisen und eine Reduzierung der Direktmandate ein. *Daniel Lübbert*, *Felix Arndt* und *Friedrich Pukelsheim* machen einen neuen Vorschlag, bei dem der Proporz der Parteien gewahrt wird und viele Vorteile des bisherigen Wahlrechts bestehen bleiben. Die dafür nötige Vergrößerung des Bundestages könnte durch weitere Varianten des vorgeschlagenen Verfahrens in maßvollen Grenzen gehalten werden.

Der Parlamentsspiegel, in dem seit 1957 über die Parlamentspapiere und die Beratungen in den deutschen Parlamenten des Bundes und der Länder berichtet wird, ist eine unentbehrliche Quelle für alle, die sich professionell mit Parlamenten befassen, geworden. Seine Entwicklung zu einer zentralen Datenbank mit elektronischem Dokumentenarchiv dokumentiert *Wolfgang Gärtner*.

Drei Jahrzehnte lang hat *Gunter Gabrysch* die Geschäftsführung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen innegehabt. Immer war ihm in dieser Funktion am Wohl der ZParl gelegen, immer konnten wir uns auf ihn verlassen; wir haben ihm viel zu verdanken. Nach langem mutigen Kampf gegen seine schwere Krankheit ist *Gunter Gabrysch* nun von uns gegangen. Die Redaktion trauert um ihn. Er wird immer in unserer Erinnerung bleiben.

Suzanne S. Schüttemeyer